

A007: Keine Zusammenarbeit mit der AfD

Laufende Nummer: 036

Antragsteller/in:	DGB-Bundesjugendausschuss
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung als Material zu Antrag A001
Sachgebiet:	A - Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa
Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen	Zeile 8: Streichung Zeile 9 - 13: Ersetzung

Keine Zusammenarbeit mit der AfD

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 Der DGB schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD aus.
- 2 Das bedeutet:
 - 3 1. Abgeordnete der AfD, ihre Parteifunktionärinnen, Parteifunktionäre, Mandatsträgerinnen und
 - 4 Mandatsträger stehen mit ihren gewerkschaftsfeindlichen Diskussionen gegen die Grundwerte der
 - 5 DGB-Gewerkschaften.
 - 6 2. Der AfD werden keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung gestellt.
 - 7 3. Funktionärinnen, Funktionäre, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden nicht zu vom DGB
 - 8 organisierten Veranstaltungen eingeladen, ~~und in der Regel wird kein Podium mit ihnen geteilt.~~
 - 9 ~~4. In Betrieben und Verwaltungen, in Mitgliederversammlungen und in der Öffentlichkeit werden die~~
 - 10 ~~Werte des DGB, die nicht mit den Positionen der AfD vereinbar sind, gestärkt und beworben, und~~
 - 11 ~~unsere Ansprüche werden offen diskutiert.~~
 - 12 ~~5. Der DGB klärt über die rechtspopulistischen und gewerkschaftsfeindlichen Ziele und~~
 - 13 ~~Vorstellungen der AfD in unseren Organisationen und in der Gesellschaft auf.~~
 - 14 4. Der DGB klärt über die rechtspopulistischen und gewerkschaftsfeindlichen Ziele und
Vorstellungen der AfD in unseren Organisationen und in der Gesellschaft auf.
 - 15 5. In Betrieben und Verwaltungen, in Mitgliederversammlungen und in der Öffentlichkeit werden die
Werte des DGB gestärkt und beworben und unsere Ansprüche werden offen diskutiert.
- 14 6. Der DGB beteiligt sich aktiv an Bündnissen und Protesten gegen Veranstaltungen der AfD.

Begründung

Wir beobachten einen international wachsenden Rechtsruck – insbesondere in europäischen Parlamenten. Rechtspopulistische Äußerungen werden gesellschaftsfähiger und auch von

Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien gesellschaftsfähiger gemacht. Nicht zuletzt seit den Einstellungsstudien zur „Mitte“ (<https://www.kredo.uni-leipzig.de/die-leipziger-mitte-studien>) ist klar, dass es seit Jahren relativ stabil bleibende rechte Einstellungen in der Mitte unserer Gesellschaft gibt. Aus diesen Gründen sind die aktuellen Wahl- und Prognoseergebnisse auch nicht sonderlich überraschend. Aber die Höhe der Wahlergebnisse und die relativ hohe Steigerung der Wahlbeteiligung setzen neue Maßstäbe. Für den DGB ist es wichtig, sich zum einen gegen die Ursachen dieser demokratiefeindlichen gesellschaftlichen Tendenzen zu wehren und zum anderen menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen entschieden zurückzuweisen. Wir beobachten jedoch mit Sorge, dass rechtspopulistische Äußerungen immer gesellschaftsfähiger werden. Es gehört zum Selbstverständnis des DGB, sich im Betrieb, in Dienststellen und auf der Straße gegen Rassismus und Ausgrenzung und für ein solidarisches und respektvolles Miteinander einzusetzen!